

Correspondent.

Ersteinst: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr. Geschäftsstelle: Selgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 30 Pfg. durch den Herausgeber. — 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Nr. 27.

Dienstag den 7. Februar.

1893.

Der Militäretat in der Budgetcommission.

In der Sonnabend-Sitzung der Budgetcommission des Reichstages stellte der Abg. Hünze vor dem Eintritt in die Tagesordnung die Anfrage, aus welchen Gründen der Bundesrath den in der vorigen Session gestellten Antrag auf Aufstellung einer Militärstatistik abgelehnt habe. (Zuvs vorher hatte Generalmajor v. Gossler eine Antwort auf diese Frage vorgelesen.) Generalleutnant v. Spitz erklärte, die Gründe seien ihm nicht bekannt. Für Preußen solle eine Militärstatistik einzuweisen nicht herausgegeben werden. Da ein öffentliches Verfahren im Militärstatistikproje nicht bestehe, so würde ein Mittel gegen tendenziöse Ausbeutung einer solchen Statistik nicht vorhanden sein. Abg. Hünze protestiert energisch, so weit der Reichstag und die Commission in Frage kommen, gegen eine solche Unterstellung. Generalleutnant v. Spitz erwidert, er habe nur an die Presse und außerdem das Reichstages seltene Elemente gedacht. Abg. Dr. Baumbach giebt zur Erwägung, daß die Verwaltung auf die Dauer dieser Forderung nicht weiter stehen könne. Abg. Singer bemerkt, die Möglichkeit einer tendenziösen Ausbeutung der Statistik spreche nicht gegen die Nothwendigkeit derselben. Sei das nicht öffentliche Verfahren ein Hinderniß, weshalb sollte man das öffentliche Verfahren im Militär-Statistikproje nicht ein? Eine stärkere tendenziöse Ausbeutung der Statistik sei übrigens nicht möglich, als dies jetzt seitens der Regierung mit Bezug auf die Militärvorlage geschehe. Abgeordneter Dr. Hammacher ist für die Ansicht, die jetzt in der Presse vielfach auftretende agitatorische Ausbeutung einzelner Fälle des Militär-Statistikmaterials würde wahrscheinlich wesentlich vermindert werden, sobald Deffentlichkeit des Besonderen eingeführt und die gesonderte Statistik veröffentlicht würde. Abg. Hünze bringt die vorläufige Resolution wieder ein. Es wird aber nach längerer Debatte beschossen, ein im Vertheil an den Reichstag darauf hinzuwirken, daß der Bundesrath ohne Begründung den Antrag abgelehnt habe und den Wunsch, von den Gründen Kenntnis zu erhalten, auszusprechen. Erfolgt hierauf die Mittheilung der Gründe nicht, so soll der Referent die Resolution wieder einbringen. Abg. Buhl fragt, wie weit die Vorarbeiten für die Noelle zum Militärfestgesetz gefördert sind? Ob in derselben auf die Erhöhung der Pensionen für die Theilnehmer am Kriege von 1870 Rücksicht genommen sei. Generalleutnant v. Spitz antwortet, die Einbringung der Vorlage, deren Beratung der Bundesrath gestern beendet habe steht bevor. Auf die Theilnehmer am Kriege von 1870 sei in der Vorlage Rücksicht genommen. In Deuamendung der gestrigen Anfrage des Abg. Hünze wegen des Verhältnisses bei Kriegesbeginn erklärt Generalleutnant v. Spitz, Änderungen an der Kriegordnung von 1832 seien nicht erfolgt. Direkte Nachforschungen hätten ergeben, daß nur ein Fall in Meise vorgekommen sei, in welchem der Eheconsens von der Erklärung des Bräutigams abhängig gemacht worden sei, daß derselbe sich nicht nach sa holländem Ritzen trauen und daß er sammtliche aus der Ehe zu erwartenden Kinder in ewigwilligen Bekentniß erziehen lassen werde. Ueber diesen Fall sei jetzt ein näherer Bericht eingefordert. Nunmehr trat die Commission in die Tagesordnung ein. Für einen Aneue Militärspezifizen wird das Gehalt von 2900 Mk. bewilligt, nachdem im Anschluß an die gestrige Erörterung wiederholt worden, daß neue Paratillonemulken nicht eingerichtet werden sollen. Es gebe 55 solcher Mulken à 8 Mann. Wenn Veränderungen in der Garnisonierung eintreten, detachirte Bataillone zu ihren Regimentern zuzutreten, müssen etwa bestehende Bataillonemulken aufgehoben werden. Im Weiteren theilt auf eine Frage Hünze's Gen. Maj. v. Gossler mit, der höchste Prozentsatz der Manquement's bei den Unteroffizieren in den letzten 25 Jahren habe 1877: 7,3 Proz., betragen, 1886: 2 Proz., 1890: 4,8 Proz., 1891: 3,8 Proz., Nov. 1892: 2,6 Proz. oder 2,4 Proz. ohne Feuerwerker. Der

absolute Zuwachs bezifferte sich 1889/90 auf 1206, 1890/91 auf 473, 1891/92 auf 577, im Ganzen 2196 Köpfe. Die 1890/91 und 1891/92 eingetretene Verminderung der Feststellen gewinne an Bedeutung, da die Zahl der für die zur P. obediensleistung Commandirten festliegen sei. Derselbe habe betragen am 15. Nov. 1890: 1239, am 15. Nov. 1891: 1625, am 15. Nov. 1892: 1476. Der Bestand an Capitulanten habe betragen 15 Nov. 1890: 2939, 15 Nov. 1891: 3252, 15 Nov. 1892: 3533. Bei der Heeresverfäkung von 1891 haben bei einem Mi. bedarf von 3088 die Feststellen 1492, 1890 bei einem Mehrbedarf von 1854 die Feststellen 718 betragen. Die Einführung der Dienstprämien habe günstig gewirkt. Die Klasse der über 12 Jahr Dienenten sei geringer geworden. Die Zahl derselben sei von 5330 im Jahre 1890 auf 5272 in 1891 und auf 4896 in 1892 zurückgegangen. Am 10. Dienstjahre fanden 1890: 8,7 pCt. der vorhandenen Unteroffiziere, 1891: 7,9 pCt., 1892: 7,7 pCt.; im 11. Dienstjahre 1890: 6,9 pCt., 1891: 7,9 pCt., 1892: 6,7 pCt. Die Manquement's an Unteroffizieren betragen im Novbr. 1892 bei der Infanterie: 2,7 pCt. (Kavallerie 3,1 pCt. über den Etat), Feldartillerie 3,5 pCt., Fußartillerie 4,6 pCt., Pioniere 2 pCt., Train 8,9 pCt.; also durchschnittlich 2,6 pCt., ohne Feuerwerker 2,4 pCt. Abg. Baumbach bemerkt, daß überraschend große Manquement beim Train finde in etwas seine Erklärung in einer gewissen ungenügenden Schätzung dieser sehr wichtigen Waffe. Dabei theilt der Regierung's Commissar mit, der Kaiser habe in diesen Tagen angeordnet, daß beim Train wieder Avantageure angenommen werden sollen. Die geforderten 20.400 Mk. werden abgesetzt, da die Einführung der Armesattel bei der Feldartillerie nicht stattfinden s. U. Die Ausgaben für Materialverpflegung werden ohne Debatte bewilligt. Bei den Ausgaben für Bekleidung und Ausrüstung der Truppen bringt Abg. Müller die Beschaffung von Leder und Schuhwerk zur Sprache und regt an, daß die zu den Bekleidungsämtern commandirten Offiziere auch in die höheren Stellen gelangen, so daß diese mit sachmännisch gebildeten Leuten besetzt werden. Gen. Major v. Fund hat das auch für richtig; bemerkt aber, die Bekleidungsämter seien wesentlich zu Kriegszwecken eingerichtet. Sie würden aber im Kriege unbrauchbar sein, wenn sie nicht schon im Frieden functionirten, deshalb müßten sie viele Arbeiten von den Regimentern übernehmen. Abg. Buhl will wissen, weshalb nur bei den Tuchankäufen eine Mi. bedarfswabe wegen gütiger Einkäufe eingetreten sei. Gen. Major v. Fund erwidert, bisher werde nur das Tuch im Großen gekauft; die anderen Artikel bis jetzt noch bei den Regimentern. Für Leder soll jetzt ein anderes Verfahren eintreten. Das sei auch bei Leinen und Trill möglich. Abg. Dr. Baumbach fragt, ob nicht eine Beschränkung der Militärhandwerker möglich sei. Gen. Major v. Fund: die Zahl der Defonomehandwerker sei bereits trotz der Heeresverfäkung von 25 pCt. vermindert; eine weitere Verminderung sei vielleicht zulässig, falls die stärkere Veranziehung der Strafanstalten, über welche er zahlenmäßig berichtet, Erfolg haben sollte. Abg. Sperlich, Müller billigen dieses Vorgehen, während Abg. Singer von der Umföbung der Strafanstalten in Großindustrie Etablissements ein weiteres Herabdrücken der Preise befürchtet. Forts. Montag.

Politische Uebersicht.

Eine Dreikaiserzusammenkunft weiß das „Neue Wiener Tageblatt“ in absehbarer Zeit in Aussicht zu stellen. Nach dem Blatte soll der ungarische Ministerpräsident Wesserie bei seinem Aufenthalt in Wien die Versicherung erhalten haben, daß die auswärtige Lage niemals so ruhig gewesen sei als gerade jetzt. — Eine gewisse Ergänzung zu obiger Mittheilung bildet ein Berliner Telegramm der Münchener „Allg. Ztg.“ des Inhalts,

daß dem Vernehmen nach der russische Thronfolger nach Berlin die Versicherung überbracht haben soll, das ein Bündniß zwischen Rußland und Frankreich nicht bestehe.

In dem österreichischen Regierungsprogramm wird, wie nachträglich noch im Einzelnen bekannt wird, außer der Reform und den directen Wahlen in den Landgemeinden von der Regierung auch der Schluß des nationalen Status quo zugelegt. Die deutsche Linke bedarf nicht, das Regierungsprogramm mit einer Parteilosung zu beantworten, die bereits am Sonnabend erschienen sollte. — Bezüglich der österreichisch-ungarischen Valutareform sind anlässlich des Wiener Aufenthalts des ungarischen Ministerpräsidenten die Finanzminister von Oesterreich und Ungarn übereingekommen, die obligatorische Rechnung in der Kronenwährung mit dem 1. Juli 1894 ins Leben treten zu lassen. Ursprünglich bestand allerdings die Absicht, das hierauf bezügliche Gesetz schon während der Frühjahrs Session in beiden Parlamenten erlassen zu lassen und im Sinne der Valuta-Gesetze derart zu publizieren, daß die obligatorische Rechnung in der Kronenwährung schon am 1. Januar 1894 in Kraft treten könne. Der Ausfühung dieses Planes steht jedoch das parlamentarische Arbeitsprogramm der österreichischen Regierung im Wege, und es wurde vereinbart, den auf die obligatorische Kronenrechnung bezüglichen Gesetzentwurf erst in der Herbstsession vorzulegen. Das ungarische Finanzministerium hat einen solchen Entwurf nach dem Vorbilde des Parentes vom Jahre 1855 und der deutschen Gesetzgebung schon vor längerer Zeit ausgearbeitet und dem österreichischen Finanzministerium mitgetheilt, wo derselbe entsprechend ergänzt wurde. Ferner haben die beiden Finanzminister vereinbart, zur Erörterung der Frage des Preisstagnums der Bank einzutreten, da augenblicklich viel dringlichere Angelegenheiten im Vordergrund stehen. — In der österreichischen Budgetdebatte erklärte im Abgeordnetenbause Unterrichtsminister von Gausisch bei dem Titel „Hochschulen“, die Regierung werte trotz des färglich bewilligten Credit'es von 8 Millionen Gulden genöthigt sein, neuerlich weitere, vielleicht sogar noch größere Mittel zu verlangen, um nur den dringendsten Bedürfnissen der Hochschulen zu genügen. — Für den ungarischen Reichentritt bei der Aufenthalt des ungarischen Ministerpräsidenten aussehenden wichtige Entscheidungen gebracht. Wesserie wurde am Freitag von dem Kaiser in einräudiger Audienz empfangen. Wie das „Neue Wiener Tagebl.“ meinet, hat er in Wien die Ueberzeugung gewonnen, die ungarische Regierung werde aus den vorhandenen Mitteln reichlich hervorbringen. Die kirchenpolitischen Vorlagen in Ungarn werden schrittweise erfolgen; die staatliche Waffenföhrung soll in drei Monaten Gesetz werden, das Erforderniß hierfür ist mit vier Millionen veranschlagt. Auf die Einführung der obligatorischen Civilehe legt Wesserie kein so großes Gewicht.

In der französischen Panamaaffäre hat der Untersuchungsrichter Franqueville die Untersuchung gegen Arton für vorläufig abgeschlossen erklärt. Arton wird dreier Verbrechen beschuldigt: des Betruges bei der Dynamit-Gesellschaft, betrügerischen Bankrotts und der Bestechung von Parlamentariern. — Der Beamte des „Credit Foncier“, Blondin, welcher wegen gemisser bei der Panama-Gesellschaft vorgekommener Bestechungen verhaftet wurde, ist aus Gefangenschaft freigesprochen, vorläufig in Freiheit gesetzt worden. — Für das Ministerium Ribot hat am Freitag eine Verammlung von republikanischen Abgeordneten eine Unterstützungserklärung angenommen, welche den Beschluß enthält, das Ministerium Ribot käuflich zu unterstützen und jede Ministerkrise bis nach den Wahlen zu vermeiden. Der Verammlung wohnten 285 Abgeordnete bei. — Der französische Minister hat beschloß die Verlegung Cassagnac's und der „Autorite“ wegen ihrer Angriffe auf den Staatcredit. — Der römische Bankscandal hat auch in der

Freitagssitzung der italienischen Deputiertenkammer zu einer sehr erregten Debatte geführt. Zu Beginn der Sitzung wurde ein Schreiben Crispis verlesen, in dem Crispi, Bezug nehmend auf die Mitteilung des Staatsanwalts, das Tonlongo behauptete, beträchtliche Summen an die verschiedenen Ministerpräsidenten gezahlt zu haben, dieselbe Behauptung seinerseits als falsch zurückwies. Darauf begann die Beratung des Ausschusses über den Antrag auf Verfolgung de Zerbio. Colajanni, der unter Widerspruch der Linken dem Staatsanwalt Parteipolitik vorwirft, kam hierbei auf die Notwendigkeit parlamentarischer Untersuchung zurück, weil die Documente des Staatsanwalts auf die Schuld auch noch anderer Deputierter hinweisen und die Auslieferung über die Bankzahlungen zu Wahlzwecken sowie zur Erhöhung des Geheimnisses unabwiesbar sei. Colajanni richtete dabei heftige Angriffe gegen die Nationalbank und die Navigazione Generale und sprach außerdem schwere Verwünschungen gegen mehrere Mitglieder des Hauses aus, ohne deren Namen zu nennen. Gleich Colajanni verlangte der konservative Prinetti abermals parlamentarische Untersuchung im Interesse des Ansehens der Kammer und der Regierung, deren Ablehnungen nicht mehr genügen, den Verdacht zu beseitigen. Er bezweifelte, daß das Ministerium und der Ministerpräsident Kraft und Ansehen genug haben, unter den gegenwärtigen Schwierigkeiten das Staatsgeschiff zu lenken, nachdem Giolitti vergehen verurteilt habe, alles zu widerrufen, und eine viertägige Debatte über die Banken und den Credit stattgehabt habe, ohne daß der Schatzminister und Handelsminister den Mund aufgehen hätten. Prinetti deutete dabei zugleich die Mißsuld gewisser Minister an dem Banksturz an, welche Angriffe Grimaldi und Sacava, die anscheinend gemeint waren, mit lebhaften Aufrufen der Erregung beantworteten. Ministerpräsident Giolitti nahm darauf das Wort zu einer entschiedenen Entgegnung, in welcher er zunächst das Gerücht, daß die Nationalbank fälschliche Beiträge zu den Geheimnissen liefere, als durchaus falsch bezeichnet. Giolitti erklärte darauf, er überlasse es der Kammer, bezüglich des Auslieferungsergebnisses schlußfähig zu werden. Die parlamentarische Untersuchung aber würde im Lande den Eindruck hervorgerufen, als wolle die Kammer den Lauf der Gesetzgebung aufhalten. (Beifall links.) Auch der Finanzminister Grimaldi und der Arbeitsminister Sacava nahmen persönlich das Wort, um die Beschuldigungen Prinettis als Verleumdungen zurück zu weisen, nachdem zuvor der Justizminister die Behauptung, daß der Richter, welcher die Untersuchung in der Angelegenheit bezüglich der Banca Romana eingeleitet habe, verurteilt worden sei, als unzutreffend bezeichnet, eingehend die Bornahme der Hauptkündigungen gerechtfertigt und mit der Versicherung geschlossen hatte, die Kammer sowie das ganze Land können bestimmt auf die Unabhängigkeit des italienischen Richtersstandes zählen. Grimaldi erklärte, er wisse die gegen ihn unlauteleinen insamen Beschuldigungen mit Verachtung zurück. Die Zukunft werde darthun, daß sein Verhalten stets ein correctes gewesen sei. Sacava wies gleichfalls die außerhalb der Kammer unlauteleinen Insinuationen auf das Unentschiedene zurück. Auf diese Auslassungen folgte ein ungemein erregter Wortwechsel, bei dem Vorliegenden nöthigte, die Aufhebung der Sitzung und die Räumung der unruhigen Journalistentribüne anzubringen. Prinetti konnte die ihm zu Theil gewordenen Ablehnungen nicht verwinden und ließ sich zu förmlichen Beschimpfungen gegen die Minister hinreißen. Darauf antwortete Giolitti: Wenn diese Art der Debatte fortwähret, wird kein Galantuomo mehr am Ministerische sitzen wollen. Prinetti erwiderte: Nur Sie haben solche Wissensfälle möglich gemacht und gezeigt, daß Sie die Bedeutung des Wortes „Galantuomo“ nicht verstehen. Hierbei entstand ein so heilloser Tumult, daß der Vorsitzende nur durch ein plötzliches Schlussmachen wieder die Ruhe herstellen konnte. Die Strafverfolgung de Zerbio wurde schließlich fast einstimmig genehmigt. — Der österreichische Justizminister hat die Ausforschung des künftigen Directors der römischen Filiale der Banca di Napoli Gulinello angeordnet und den Befehl erteilt, daß ihm die Meldung von dessen Verhaftung behufs Ermöglichung der Einleitung des Auslieferungsverfahrens sofort übermittelt werde.

Die englische Adressdebatte ist von dem Oberhause am Freitag nach dreitägiger Discussion beendet und die Adresse an die Königin angenommen worden. — Im Unterhause dagegen erfolgte am Freitag noch eine abermalige Vertagung nach einer für die Beurteilung der allgemeinen Lage bemerkenswerthen Debatte. Zu Beginn der Freitagssitzung beantragte Labouchere ein Amendement, welches die Hoffnung ausdrückt, daß Borial die Räumung Ugandas durch die Britisch-Drafrikanische Gesellschaft erwirkt werde, ohne die Verantwortlichkeit Englands zu vermehren. Ferner schlug Labouchere bezüglich des Dreibundes eine Erklärung vor, die besagt, daß, falls Lord Salisbury Italien

seinen Beistand beim Ausbruch eines Krieges mit Frankreich versprochen habe, die jetzige Regierung für jene Veränderungen nicht verantwortlich sei. Der Premierminister Gladstone erwiderte, daß bezüglich des Dreibundes seit seinem Regierungsantritt sich nichts ereignet habe, was eine Beunruhigung hinsichtlich des Dreibundes verursachen könne. In Ägypten sei die Regierung unausgesetzt bestrebt, ihre absolute Pflicht zu erfüllen, nämlich die äußere Sicherheit und den inneren Frieden des Landes zu bewahren, so lange die britische Besatzung dauere; gleichzeitig bemühe die Regierung sich, die Harmonie und Eintracht zwischen der ägyptischen Regierung und der bestehenden Macht herzustellen. Gladstone erkannte die freundliche und gemäße Sprache des französischen Ministers des Auswärtigen in der Kammer über den Grenzstand an. Bezüglich Ugandas sei die Discussion verfrüht, man müsse Borial Bericht abwarten, ehe man über die Zukunft entscheide. Auf mehrere Anfragen Balfours erwiderte, da Gladstone das Haus verlassen habe, der Kanzler der Oberkammer Sir Harcourt, die Regierung habe erfahren, daß die Räumung Ugandas ohne Vorsichtsmaßregeln eine Gefahr für die Bevölkerung bedeute; die Regierung habe daher die Britisch-Drafrikanische Gesellschaft aufgefordert, in Uganda zu verbleiben, bis die Räumung des Landes unbeschadet dessen Sicherheit erfolgen könne.

Zur Lage in Ägypten meldet das „Reuter'sche Bureau“ aus Kairo: Obwohl die Situation in Kairo beruhigend ist und bereits davon die Rede war, daß eines der beiden Bataillone, die nach Ägypten unterwegs sind, nach Mauritius abgehen sollte, gilt es doch als wahrscheinlich, daß beide Bataillone in Alexandria landen und nach Kairo abgehen werden. Im Einlang damit steht eine andere Meldung, nach welcher die englische Regierung von Lord Cromer eine Depesche des Inhalts erhielt, daß die gegenwärtigen Zustände in Ägypten die Landung aller darin besetzten britischen Truppen erheischen. — Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Alexandria ist dort am Sonnabend der Transportdampfer „Gimalava“ mit einem Bataillon des schottischen Regiments „Black Watch“ ausnahmsweise eingetroffen. Sonnabend früh sollte das Bataillon ausgeschifft werden und dann direkt nach Kairo abgehen. Ein Eisenbahnzug wird zu seiner Aufnahme am Dinstag bereit stehen. In der Stadt herrscht Ruhe, wiewohl in dem Viertel der Eingeborenen eine gewisse Erregung wahrzunehmen ist. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet ferner aus Kairo, daß der Kheiwie Sonnabend Morgen in Begleitung der Minister nach Ägypten abgereist sei.

Deutschland

Berlin, 6. Februar. Der Kaiser empfing am Sonnabend Nachmittag den commandirenden General des 8. Armee Corps, General der Cavallerie und General Adjutant Febr. v. Los, der darauf auch zur kaiserlichen Frühstückstafel geladen wurde. Nach der Tafel unternahm der Kaiser und die Kaiserin eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Tiergarten, von der sie nach Ablauf einer Stunde zum Schloffe zurückkehrten. Demnach verließ der Kaiser im Arbeitszimmer. Am Abend um 7 Uhr begab er sich nach dem Casino-Casino des 2. Garde-Regiments z. F., um daselbst an einem Festmahle zu Ehren des 81. Geburtstag des Oberbefehlshabers der Truppen in den Marken, des General-Oberst der Infanterie v. Pape, Theil zu nehmen. Am geistigen Vormittage hatten sich der Kaiser und die Kaiserin zur Bewohnung des Gottesdienstes nach der Dominterimskirche begeben, woselbst auch die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht von Preußen, die beiden ältesten Söhne des Regenten von Braunschweig, in Begleitung des Oberlieutenants v. Kogler anwesend waren. Nach Schluß des Gottesdienstes kehrten die Majestäten zum Schloffe zurück, woselbst am Nachmittag um 1 1/2 Uhr die Frühstückstafel stattfand.

Zur Haltung der freisinnigen Partei in der Willkürfrage, schreibt der Abg. Voth in der „Nation“: „Alle Erwägungen, welche gegen einen Wechsel der Person des Reichszanzlers sprachen, hätten nicht die Kraft, die freisinnige Partei über jene Bewilligungslinie hinauszuführen, die sie in vollem Einverständnis mit ihren Wählern gezogen hat. Ueber diesen Punkt herrscht innerhalb der Fraktion keinerlei Meinungsverschiedenheit. Hinter dieser Linie werden wir auch eine etwaige Auflösung mit einiger Ruhe abwarten. Daß dieselbe für die Freisinnigen als Partei zu fürchten wäre, halte ich für irrig. Der antikerische Unfug hat allerdings in jüngerer Zeit Erfolge aufzuweisen, aber da er naturgemäß seine größeren Triumphe dort feiert, wo die Bevölkerung intellektuell am weitesten zurückgeblieben ist, so werden die konservativen Wählerkreise seine Hauptdomäne bilden. Die Sozialdemokratie andererseits hat meines Erachtens an Zugkraft in den letzten Jahren nicht gewonnen. Selbst wenn sie den Freisinnigen aber auch

hie und da einen Wahlkreis abnehmen sollte, so würde die parlamentarische Stellung der Freisinnigen durch diese Verletzung der äußersten Linken so gut wie gar nicht beeinflusst werden. Andererseits bietet sich für die Freisinnigen und die mit ihr enge verbundene Volkspartei die Aussicht, bei einer Auflösung nach rechts nicht unerheblich zu gewinnen.“

(Das Wahlgewerbeten bei den Abgeordnetenwahlen.) Der preussische Ministerpräsident Graf Eulenburg hat sich neulich bei der Verhandlung über die Nichtberufung von freisinnigen Kreisdeputierten für seine Partei mit besonderem Nachdruck auf seinen Onkel, Graf Eulenburg den Jüngeren berufen, dessen Beispiel zu folgen er entschlossen sei. Da Graf Eulenburg nicht wohl gemeint haben kann, er müsse nur in diesem einen Falle dem Beispiel seines Vorgängers folgen, so schloß er mit seinen Worten, daß der jetzige Minister des Innern demüthigt bei der Beratung der Wahlgesnovell seinen Widerstand gegen die Einführung der gerben Abstimmung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus fallen lassen wird. Sein Vorgänger hatte nämlich, woran der Chefredacteur des „N. Ostl. Anz.“, Herr Gebel in diesen Tagen in einem in dem Hörsaal freisinnigen Verein gehaltenen Vortrag erinnerte, in der Städteordnung für die alten Provinzen, welche am 8. März 1876 dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, vorgeschlagen, die öffentliche Abstimmung zu beseitigen. Nach § 35 sollte das Wahlrecht in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgedrückt werden. Ueber diese Abweichung von der Städteordnung von 1853, die leider heute noch in Kraft steht, wird in den Motiven bemerkt: „Der Entwurf folgt in diesem Punkte dem System des Reichstagesabstimmens vom 31. Mai 1869. Das diesem System zu Grunde liegende Motiv, die Wähler vor illegitimen Beeinflussungen und vor der Nothwendigkeit einer Rücksichtnahme auf Personen und äußere Verhältnisse zu bewahren, trifft in verstärktem Maße bei den auch bezüglich der passiven Wahlfähigkeit in dem engeren Kreise der Wähler ein und derselben Gemeinde sich vorkommenden Communalwahlen zu — selbst die Ernennung des Landräthe, daß die letzteren, wenigstens ihrem Zwecke nach, nicht im Hinblick auf die politische Vertretung des Einzelnen vorzunehmen sind.“ Will der jetzige Minister des Innern nicht den Verstand betäuben, daß an der öffentlichen Wahl der Wahlmänner zum Abgeordnetenhaus zu dem Zwecke fengehalten werde, illegitime Beeinflussungen der Wähler zu begünstigen, so wird er anerkennen müssen, daß sein „verewigter Dohm“ die Einführung der geheimen Abstimmung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus als selbstverständlich betrachtet hat und er wird sich demgemäß den jetzigen Anträgen der Freisinnigen und des Centrums zu der Wahlnovelle nicht länger widersetzen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 4. Februar.) Die in der Dienstagssitzung des Reichstages beim Etat des Reichsanths des Innern von den kaiserlichen sozialdemokratischen Abgeordneten wieder aufgenommene Reichstagsdebatte hat in Folge eines Frontangriffes des Centrums abg. Dr. Wagem gegen die Sozialdemokraten einen unvorhergesehenen Umfang angenommen. Die Frage Wagens, wie die Sozialdemokraten sich jetzt ihren Zukunftsstaat vorstellen, auf den sie ihre Anhänger verweisen, hat Abg. Bebel in einer außerordentlich langen Rede unbeantwortet gelassen. Bebel trug mit großer Flect und nicht ohne gewisse Symptome zusammen, welche seiner Ansicht nach zum Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung führen müßten; das Weitere werde sich finden. Der Reichstag hätte in auch Zeit gehabt, darauf zu warten. Aber eine Rede gegen die andere und so hat der Reichstag sich in aller Form als sozialpolitisches Seminar zur Bildung der sozialen Frage konstituiert. Herr von Stumm vertheilt natürlich nur die Sprache der Gewalt. Dr. Wagem wiederholt noch einmal in schärferer Form seine Frage nach dem Zukunftsstaat. In der heutigen Sitzung kam zunächst Abg. Richter zum Wort, der sich gegen einzelne Angriffe Wagens verteidigte und zum größeren Gaudium der Rechten und des Bundesratsstilles — auch Minister v. Bötticher barriere nach dem Redner seinen Dank als — die Ausführungen Bebel's von Grund aus widerlegte. Der sozialdemokratische Senat würde noch schärfer sein, als der Reichstag, den wir jetzt an bekümmert hätte. Auch auf das Reichstagswort: „Die Frau“ ging Richter ein. Als das Reichstagsmitglied in dem Verhalten der sozialdemokratischen Partei bezeichnet Richter, daß sie uns zwingt, nach zwei Fronten zu kämpfen, nach Rechts und nach Links. Sie fördere die Spaltung des Bürgerthums in dem Kampfe um die freirechtliche Entwicklung. Auch einem wenig glücklichen Bericht des Abg. Frahm's, seinen Parteigenossen Bebel zu Hilfe zu kommen, nämlich der Abg. Staecker das Wort, um seinerseits mit dem Sozialdemokraten abzurechnen. Sie hielten zwar Beschlüsse für die Arbeitlosen an, nähmen sich aber sonst der Arbeiter, die in Noth sind, nicht an, was doch „fogar“ die Gewerbetheile hielten. Die Sozialdemokratie sei banalerecht — sie ist ein Produkt des Freirechts, Staecker erwidert dann von seinem Standpunkte aus, was Bebel gefordert hat: Manseuren der Sozialdemokratie genannt. Seine Rede in dem bekannten Styl der christlich-sozialen Versammlungen ruht selbst auf der Reden Heiterkeit hervor. Daß die Sozialdemokratie keine Ideale habe, weiß Bebel durch Citate aus — sozialistischen Liebesliedern nach und die Rechte ist Bravo! In einer ziemlich kurz gehaltenen Rede wies Abg. Hise (Chr.) eine Reihe von Mißverständnissen Freirechts zurück, worauf die Debatte auf Montag vertagt wird.

Die Cholera in der Nietlebener Irrenanstalt.

Halle, 6. Februar. Der Verlauf der Krankheit in der Provinzial-Irrenanstalt Nietleben bis zu verfloßener Mitternacht ist folgender:

	Erkrankungen	Todesfälle
Bestand am 20. Januar	63	19
Zugang „ 21. „	9	7
„ „ 22. „	12	4
„ „ 23. „	8	2
„ „ 24. „	13	1
„ „ 25. „	4	5
„ „ 26. „	3	—
„ „ 27. „	—	2
„ „ 28. „	2	2
„ „ 29. „	—	2
„ „ 30. „	—	—
„ „ 31. „	—	—
„ „ 1. Februar	1	1
„ „ 2. „	4	—
„ „ 3. „	1	—
„ „ 4. „	5	—
„ „ 5. „	2	1
Zusammen	127	48

Die Erkrankungen der letzten Tage sowie der Todesfall sind nur zu nächst als Cholera behandelt.

Die „Hall. Zig.“ schreibt über den Stand der Seuche: Wir sind heute in der glücklichen Lage, recht erfreuliche Meldungen zur Kenntnis unserer Leser zu bringen. Vor Allem mag hervorgehoben sein, daß man der Hoffnung Raum geben kann, daß die Choleraepidemie in der Provinzial-Irrenanstalt zu Nietleben selbst ihr Ende erreicht hat. Wenn wir am Sonnabend mittheilten, daß am 1. und 2. Februar je 4 choleraverdächtige Personen daselbst in die Untersuchungsstation eingeliefert seien, so ist zwar heute hinzuzufügen, daß am 3. Februar weitere fünf, am 4. Februar drei Personen in die Untersuchungsstation übergeführt sind, daß aber außer einer am 1. Februar erkrankten Wärterin seit diesem Tage bei keiner einzigen der choleraverdächtigen Personen das Vorhandensein des Kommabazillus konstatiert worden ist. Der Umstand also, daß seit dem 1. Februar in der Irrenanstalt keine einzige Neuerkrankung an Cholera eingetreten ist, daß mithin seit der letzten Erkrankung bis heute ein Zwischenraum von fünf Tagen liegt, läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß die Seuche im Erlöschen sei. Von den früher Erkrankten ist gestern 1 Person gestorben.

Auch aus Trotha und Gröllwitz lauten die neuesten Nachrichten überaus erfreulich. Der in Trotha stationirte Choleraarzt Dr. Thomascow ist mit gestern abgerufen worden, da ein Cholerafranker in dem Orte nicht mehr existirt. In Gröllwitz ist die Familie des an Cholera verstorbenen Kindes Ida Leibe bis heute gesund geblieben; auch die kranke Familie Wöllner fühlt sich besser, aller Voraussicht nach wird auch Frau Wöllner, welche bereits so gut wie ausgeheilt war, mit dem Leben davon kommen. Auch in Lettin hofft man der Seuche Herr zu werden. Die sechsjährige Tochter des an der Cholera verstorbenen Schäfers Jander, sowie der in demselben Hause wohnende Schäferknecht Magemehl sind allerdings ebenfalls am Sonnabend an der Cholera erkrankt, da sie aber sofort isolirt und alle Vorsichtsmaßregeln angewendet worden sind, so hofft man, daß eine Weiterverbreitung nicht stattfinden werde. Ein junger Arzt Dr. Schulze, ist ebenso wie eine Diaconin aus Halle a. S. in Lettin bis auf Weiteres stationirt worden; auch ein weiterer Gensdarm ist dort hincummandirt. Das Schul- und Armenhaus sind als Choleraabarten eingerichtet und die Kranken dort untergebracht worden. Der königl. Landrath v. Werdter ist in den letzten 3 Tagen täglich in Lettin zur Ueberwachung der von ihm angeordneten Maßregeln persönlich anwesend gewesen.

Provinz und Umgegend.

† Raumburg, 5. Febr. Bei der Eisenbahnbrücke an der Henne und bei der Einmündung der Anstalt haben sich in der Saale gewaltige Eisschübe gebildet. Unterhalb derselben reißt das Eis noch fest. Infolge des wiederergetretenen Frostes ist das Wasser allerdings im Fallen begriffen, aber an den eiskälteren Stellen treibt viel Grundeis, das die Eisschübe verstopft und das alte Eis verhärtet. Der Gießgang kann somit, wie man der S.-Zig. schreibt, bei wieder eintretendem Thauwetter sehr schwierig und gefährlich werden.

† Eisenleben, 4. Febr. Heute ist die Hebamme Frau Säger aus Wolferode im Walde ermordet aufgefunden worden. Dieselbe, eine noch junge, von ihrem Manne getrennt lebende Frau, war schon seit einigen Tagen vermißt und gestern von der hierzu aufgebotenen Schuljugend vergebens

gesucht worden. Sie hatte in Berufsgeschäften nach Schmalzerode und Bischofsrode gehen wollen.

(S.-Zig.)

† Langenweddingen, 5. Febr. Der Personenzug 268 Magdeburg-Halberstadt, welcher Personenzug 426 Magdeburg-Stassfurt in Langenweddingen überholen sollte, ist heute hier aus noch nicht aufgeklärter Ursache auf den Zug 426 aufgefahren. 3 Reisende und ein Bahnenarbeiter erlitten hierbei Arm- und Beinbrüche, 7 andere Personen wurden leicht verletzt. Mergliche Hilfe war halb zur Stelle. Schwerer verletzt sind vier Personen: Chauffeurwärter Klobach aus Gochfeld, Arbeiter Heinrich Wos aus Bleedendorf, Karpentierwärter Heur aus Magdeburg, Tischlermeister Kleben aus Egeln. Nach Anbringung des Verbandes wurden erkere drei nach Magdeburg behufs Unterbringung in ein Krankenhaus, letzterer in seine Heimath befördert. Durch den Unfall wurden beide Geleise gesperrt; der Personenverkehr wurde theils durch Umleiten, theils durch Umleitung aufrecht erhalten. Am Vormittag war ein Geleise wieder frei, das andere sollte im Laufe des Tages freigelegt werden.

† Erfurt, 5. Febr. Der von hier nach Verablung eines großen Betrages durchgebrannte Kaufmann Reumann ist gestern aus Bremen hier eingeliefert und im Gerichtsgefängnis untergebracht worden.

† Aus dem Hüringertwald, 3. Febr., wird geschrieben: Vorgesahren hatten wir Thau- und Regenwetter, gestern bei Südwind tüchtigen Schneefall und heute bei hohem Barometerstande heftigen Nordost. Die Schneepflüge mußten auf den Gebirgsstraßen bis tief in die Thäler hinein heute abermals Bahn schaffen, zum fünften mal im gegenwärtigen Winter. Zu beiden Seiten der Hauptstraßen giebt es 2 bis 3 m hohe Schneemauern, die von Schneepflügen und Schneekäufern aufgeworfen wurden. Die Holzhaue mußten an vielen Tagen feiern. Hochwild ist auf den Bergen kaum zu spüren.

† Von der Rhön, 3. Febr., berichtet das „Ger. Tagebl.“: In dem Drie Willmar graffirt die Diphtheritis fürchterlich. Viele Familien haben bereits ihre sämtlichen Kinder durch den Tod verloren.

† Braunschweig, 4. Febr. Am Donnerstag brachen zwei Kriegen auf der Oster durch die bereits mürbe gewordene Eisecke und ertranken.

† Zeulenroda, 3. Febr. Der vermißte achtjährige Schulfahrer Trögel ist jetzt auf dem Wege von Karolinenfeld nach Kempendorf, wohin er nach der Schule gehen mußte, erproven aufgefunden worden.

† Leipzig, 3. Febr. In Böhsitz-Ehrenberg ist dieser Tage der seltene Fall vorgekommen, daß eine Mutter die goldene Hochzeit ihrer Tochter mitfeiert. Das alte Mütterchen befindet sich dabei körperlich und geistig noch so frisch, daß sie einem unverheirateten Sohne allein die Wirthschaft führt. Sie weiß sich auch, wie die „N. Nachr.“ berichten, der Vorgänge unseres Jahrhunderts, spziell der auf ihren Heimathsort bezüglichen, noch recht wohl zu entsinnen. Ihr Schwiegersohn, der Isabelbräutigam, ist seit etwa 60 Jahren in einer Eisengießerei in Apolda beschäftigt und mit seiner Frau ebenfalls wohl und munter.

† Leipzig, 3. Febr. Wie schon berichtet, plant die Stadtgemeinde Leipzig die Erwerbung des hiesigen Schlosses Pleißenburg vom Fiscus. Es ist nunmehr zwischen dem Rathe und dem Finanzministerium unter Zustimmung des Kriegsministeriums durch Vertag u. a. folgendes festgesetzt: Der Staat tritt der Stadt sein Eigenthumsrecht an der Pleißenburg mit allem ihrem Grund und Boden, Gebäuden u. gegen Zahlung von 1650000 Mk. ab, wogegen die Stadt auf ihre Kosten für das Infanterie-Regiment Nr. 107 auf Möckersfelder Platz, und zwar nördlich der Kaserne des 106. Regiments, eine neue Kaserne, sowie weiter eine Barackenkaserne für ein Regiment Kavallerie, ein Proviantamt (Getreidemagazin, Bäckerei u.) und was an Dienst- und Nebengebäuden, Arresträumen u. noch sonst erforderlich ist, erbauen wird. Die Stadt giebt hierzu das erforderliche Areal. Die Pleißenburg ist nach Schätzungen der Sachverständigen 4150000 Mk. werth. Mit dieser Summe ist sie auch formell in den Kauf eingestellert worden, doch sind 2500000 Mk. für die von der Stadt zu erbauenden Kasernen in Abrechnung gebracht. Es bleibt also nur eine Kaufsumme von 1650000 Mk. zu zahlen. Die neuen Kasernen hat die Stadt bis zum 31. März 1895 fertig zu stellen. Das große Areal, auf dem die Pleißenburg steht, wird die Stadt selbstverpflichtlich zu Gelde machen, um auch ihrerseits auf die Kosten zu kommen. Und zwar ist das Areal in zwei große Bauabtheilungen eingetheilt, deren einer mit 8 Parzellen auf 1964000 Mk. geschätzt ist, während der zweite mit 13 Parzellen auf 2803770 Mk. berechnet wird, so daß aus der Pleißenburg durch Verkauf von Bauplänen 4827770 Mark würden genommen werden. Das einzelne

Quadratmeter Baufläche ist hierbei je nach seiner Lage auf 150 bis 400 Mk. taxirt. Es sind dies die heute üblichen Preise. Von dem zu erzielenden Gewinne von mehreren Mill. Mark hat die Stadt allerdings etwa 900000 Mk. für Herstellung der neuen Straßen aufzuwenden. Die Stadt wird einen neuen prächtigen Stadthof und einen freien Zugang zum Südtiefl erhalten; ein werthvolles Städtchen giebt aber freilich mit dem Verluste der historischen Burg verloren.

Localnachrichten.

Merseburg, den 7. Februar 1893.

** Benutzung der Bahnhofs-Wartesäle. Nach § 15 der neuen Verfahrordnung ist den mit durchgehenden Fahrkarten versehenen Reisenden der Aufenthalt in den Wartebäumen der Bahnhöfe bis zum Abgange des nächst zu benutzenden Zuges gestattet — in der Zeit von 11 Uhr abends bis 6 Uhr morgens jedoch nur, soweit die Räume während dieser Zeit ohnehin geöffnet sein müssen. Die Unzutraglichkeiten, die für beratigte Reisende durch den Zwang der Räumung des Wartebäume gerade während der Nachstunden entstehen, haben den Minister der öffentlichen Arbeiten veranlaßt, anzuordnen, daß von der erwähnten Ausnahmebestimmung in thunlich geringem Umfang Gebrauch gemacht werden möge. Die preussischen Staatsbahnverwaltungen sind deshalb angewiesen worden, die Verhältnisse der einzelnen Bahnhöfe näher zu prüfen und wo mindesfen für die wichtigeren Uebergangsstationen, von einer Bahnlinie zur anderen, entsprechende Vorrichtungen zu treffen. Reisenden, denen die Weiterreise an dem nämlichen Tage in Folge Zugverspätung unmöglich gemacht wird, ist bis zum Abgang des nächsten Zuges der Aufenthalt in dem Wartebäumen gestattet.

** Merseburger Hausbesitzer-Verein. Auf mehrfache Anfragen theilen wir hierdurch mit, daß Hausbesitzerinnen hiesiger Stadt sich durch ihre Ehemänner in den Versammlungen des Vereins vertreten lassen können. Ferner ist den Hausbesitzerinnen das Stimmrecht in den Versammlungen nach den Satzungen des Vereins eingeräumt. Zu der am Donnerstag den 16. Februar d. J., abends 8 Uhr, im großen Saale der „Reichshrone“ hieselbst stattfindenden Generalversammlung, sowie bei später abzuhaltenden Versammlungen des Vereins in hiesiger „Reichshrone“ sind für die Hausbesitzerinnen feis die Gallerien des Saales reservirt.

** Von einem hiesigen Mitglied des Thierschutz-Vereins ist unserer Fleischer-Innung kürzlich ein der Fabric von Hühnemann & Rühler in Erfurt entstammender Apparat geschenkt worden, an dem die Lehrlinge das sichere Betreiben der Schlachtthiere erlernen können. Der Apparat ist sehr einfach und solid konstruirt. Auf einem eisernen Bod ist eine Büchse gelagert; dieselbe enthält eine starke Spiralfeder, in welcher sich ein Schlagbolzen mit Widerlagsscheibe einfährt; um den Schlagbolzen ist ein Krastring gelegt. Zur Uebung wird mit einem starken Schlagel auf den etwa 30cm hohe habenden Kopf des Schlagbolzens, welcher das Großhörn des Thieres markirt, geschlagen. Der Krastring zeigt an, ob der Uebende richtig getroffen und mit wieviel Kraft er geschlagen hat. Je stärker der Schlag und je kräftiger, desto höhere Nummer zeigt der Krastring. Nach dem Schlag ist der Krastring mit der Hand wieder auf den Kopf der Büchse zurückzuschieben. Der Uebungsapparat ist ein sehr wichtiges Instrument, vermittelst desselben kann jeder Lehrling u. s. w. das Schlagen erlernen, ohne dazu Schlachtthiere benutzen und üben zu müssen. Besondere Wichtigkeit erhalten diese Schlacht-Instrumente durch die neueren wissenschaftlichen Untersuchungen über schädliche Beschaffenheit des Fleisches von Thieren, welche vor oder beim Schlachten geruät und gänglichig wurden. Deutsche und ausländische Physiologen, Chemiker und Aerzte sind darüber einig, daß das Fleisch solcher Thiere nicht nur seinen guten Geschmack und einen Theil seiner Nahrungskraft verliert, sondern auch der Gesundheit nachtheilig ist. Bei Anwendung der Schlacht-Instrumente ist jede Dualerei und Beschäftigung des Schlachtthieres und deren schädliche Folgen ausgeschlossen. Das Interesse der Fleischconsumenten wie der Fleischer selbst läßt also die Einführung dieser Instrumente als dringend geboten erscheinen.

** In der Sitzung der Halle'schen Strafkammer vom 4. d. M. beschäftigte u. a. die Sache des Maschinenmeisters Karl Becker aus Merseburg, fahrlässige Tödtung betreffend, nochmals den Gerichtshof. Die Anklage war am 2. Juni v. J. hier schon einmal verhandelt. Gegen die damals erfolgte Freisprechung des Angeklagten hatte der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht eingelegt. Dem Gegenstand der Verhandlung bildete der am 13. Sept. 1891 in der Papierfabrik von Gebr. Dietrich in

Merseburg erfolgte Unglücksfall, der dem Schlosser Spieß das Leben kostete. Hieran soll der Angeklagte schuldhaftig gewesen sein, indem er seine Berufspflicht als Werkmeister vernachlässigt habe. Es ist f. z. von uns über den Fall ausführlich berichtet worden. Die Freisprechung des Angeklagten war damals erfolgt, weil nicht angenommen werden konnte, daß der Angeklagte, insbesondere bei seiner mangelhaften Vorbildung als Müller, hätte voraussetzen können, daß nach Ablösung eines kleinen Rades das in Frage stehende große Schwungrad sich in Bewegung setzen und zu dem Tode des Spieß die äußere Veranlassung geben würde. Vom Reichsgericht war die vom Staatsanwalt eingelegte Revision für begründet erachtet worden, wonach die jetzige Verhandlung zu einem anderen Ergebnis führe. Der Staatsanwalt erachtete fahrlässige Versehen des Angeklagten für erwiesen auf Grund des Gutachtens des Sachverständigen Herrn Regierungs- und Gewerberath Haegermann. Es würden 2 Monate Gefängnis zu beantragen sein. Der Gerichtshof erkannte auf Schuldig wegen fahrlässiger Tödtung. Fahrlässigkeit sei gefunden worden auf Grund des Gutachtens des Sachverständigen darin, daß der Angeklagte bei Vornahme einer Reparatur unterlassen habe, das große Rad festzulegen. Unterlassen habe er dies wahrscheinlich, um schneller fertig zu werden. Concurrent mit jenem Versehen sei allerdings die Unvorsichtigkeit des Bergungsführers hinzugekommen, da derselbe auf eine Speiche des Rades trat. Dies entlaste aber den Angeklagten nicht, da er sich habe bewußt sein müssen, daß die unterlassene Sicherung des großen schadhaften Rades gefährlich werden könne. Groß sei jedoch die Fahrlässigkeit nicht, weshalb 3 Tage Gefängnis als angemessene Strafe genügend erscheine.

**** Bauernregeln im Februar.** Viel Nebel im Februar, viel Kälte im ganzen Jahr; wenn der Sonnabend gnädig macht, bringt der Lenz den Frost bei Nacht; die weisse Gans im Februar, brüht Segen fürs ganze Jahr; gnädiger Februar, grüßlicher März; Lichtmess — 2. Febr. — hell, schändet dem Bauer das Feld; Lichtmess dunkel, macht den Bauer zum Junker; zu Lichtmess steht der Bauer lieber den Wolf im Schafstalle, als die Sonne; Lichtmess im Klee, thern im Schnee; wenn zu Lichtmess die Kerchen steigen, werden sie gar lange schweigen; wenn's an Lichtmess stürmt und schneit, ist der Frühling nicht mehr weit; sonst sich der Dachs in der Lichtmesswoche, geht auf vier Wochen er wieder zu Höhe; die heilige Dorothee — 6. Febr. — bringt gerne Schnee; feiert Sanct Peter sein Stuhlfest — 22. Febr. — kehrt der Storch zum heimischen Nest.

**** Theater.** Als erste Klavier-Vorstellung der Saison gelangt heute, und zwar zum Benefiz für Ulrich Puffar, „Kabale und Liebe“ zur Aufführung. Wir freuen uns, daß der überaus begabte und strebame junge Künstler die erste Muse zu seinem Benefizabend gewählt hat und glauben wir ihm deshalb ein gut besuchtes Haus in Aussicht stellen zu können. Wenn irgend möglich, vergesse kein Theaterfreund Puffar's Benefiz.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

3 Lützen, 3. Februar. Der Herr Bürgermeister Lützen erläßt an die Ortsrichter der umliegenden Dörfer folgende offene Rundschreiben: „Der im Jahre 1891 in Quedlinburg verordnete Dr. med. Voigt, welcher viele Jahre lang hier die ärztliche Praxis ausgeübt und vor Allem auch dessen Witwe haben der Stadt Lützen zur Errichtung eines Armen- und Waisenhauses ein größeres Legat vermacht mit der Bestimmung, daß Arme und Waisen aus der Stadt Lützen und deren Umgebung, im Umkreise von 2 Stunden, bei der Aufnahme zunächst berücksichtigt werden sollen. Da das Dr. Voigt'stift voraussichtlich bis zum 1. Mai d. V. fertig gestellt und eröffnet werden wird, ersuche Ew. Wohlgeb. ich ergeben, falls in der dortigen Gemeinde kein Armen- und Waisenhause vorhanden ist, sich mit mir bezüglich der Aufnahme von Armen und Waisen, welche der dortigen Gemeinde zur Last liegen, in die hiesige größere Anstalt, möglichst bald in Verbindung zu setzen. Ich brauche dabei nicht hervorzuheben, daß die Unterbringung von Armen in die Qu. Anstalt nicht nur für die Gemeinde billiger, sondern auch für die Armen und besonders für die Waisen entschieden vortheilhafter ist, weil dieselben hier zur Arbeit und zu einem geregelten Leben angehalten und die Waisen zu brauchbaren und nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft herangebildet werden. Geisteskranke, Epileptiker und Blöden dürfen in die Anstalt nicht aufgenommen werden.“ — Es ist auf dem Lande mit hoher Befriedigung aufgenommen worden, daß diese humane Schöpfung nicht der Stadt allein, sondern auch den Nachbar-Landgemeinden zu Gute kommen soll.

3 Freyburg, 5. Februar. Unter Leitung des königl. Stenometrie-Blume wurden gestern auf der Unkurt Eisfregungen ausgeführt. Aus Sprengmasse diente Pulver, das, in Flaschen gefüllt, unter der Erde zur Explosion gebracht wurde.

Vermishtes.

v. S. (Aus Charleroi), 2. Februar. Das fürchterliche Verbrechen in dem benachbarten Fleurus, wo ein Arbeiter zwei kleine Mädchen von 5 und 7 Jahren zum Mißhandeln und dann auf eine entsetzliche Weise ermordete, ist die Veranlassung gewesen, daß die hiesige Presse sich mit den in der letzten Zeit in der Umgegend von Charleroi insgesammt verübten Verbrechen etwas näher beschäftigte, und da konnte sie denn constatiren, daß in diesem Districte von vor höchstens 100 000 Einwohnern in Zeit von noch nicht vier Wochen ein Mord und 20 Verbrechen begangen wurden. Das ist eine schreckensreiche Ziffer, die um so mehr zu denken gibt, als auch die Zahl der sonstigen Verbrechen in der letzten Zeit eine sehr große gewesen ist, und unwillkürlich wirft sich hierbei die Frage auf, was die Ursache dieser Zunahme der Verbrechen und besonders der allerjuristischsten, die ein Verbrechen überhaupt begehen kann, wohl sein könne. Die Beantwortung dieser Frage kann nach unsrer Ansicht nicht schwer fallen. Charleroi und seine Umgegend bilden einen Districte, in welchen eine an und für sich hohe und zu Ausbreitungen geneigte Arbeiterbevölkerung seit vielen Jahren in der maßlosesten Weise verheert, mit Haß gegen die bestehenden Klassen, den Staat und seine Gesetze erfüllt wird. Man hat in diesem Districte die höchsten Klassen groß gegang, hat die Minderzahl der bestehenden arbeitstüchtigen Ehemänner unter Ausbittung aller und jeder Mittel auf die Spitze zu treiben gesucht, selbst dann aber wäre es, wenn derartig herangebildete rohe Klassen sich durch jene Rücksicht nicht gelegentlich auch dann bestimmen lassen sollten, wenn es sich nicht um politische Ziele, sondern um die Erreichung von Winstzwecken handelte, die ihnen durch ihre Begierden oder Leidenschaftlichen hingezogen werden. Die Bewußtheit des Unterschiedes zwischen einem politischen resp. aus politischen Motiven begangenen und einem gemeinen Verbrechen mußte bei der total ungebildeten hiesigen Arbeiterbevölkerung um so sicherer sich einstellen, als dieselbe, wie bereits bemerkt, besondere Anlagen zur Verrohung hat, die theilweise noch durch einen starken Genuß von Spirituosen erheblich verheert wird.

Charleroi. Im Gerichtsgefängnis zu Altona ist ein tödtlicher Verfall von Cholera vor gekommen, außerdem werden drei Choleraerkrankungen aus Altona mit gemeldet. In Hamburg ist seit mehreren Tagen kein neuer Cholerafall zur Meldung gelangt.

*** (Hochwasser.)** Wie von Sonntag Vormittag aus Dresden berichtet wird, befindet sich die Elbe in vollem Eisgange. Das Wasser steigt mächtig. Am Dreßdener Regel betrug der Wasserstand 40 cm über Null. — In Mainz betrug am Sonnabend Mittag die Höhe des Rheines 3,63 Meter; das Wasser stieg. Aus Mainz, wo der Wasserstand 4,84 Meter, und aus Worms, wo der Stand 3,50 Meter betrug, wurde hartes Eis gelassen gemeldet, dagegen aus Wimpfen hartes Eis. Der Wasserstand bei Wehrland betrug am letzten Ditt 3,96 Meter; die Höhe des Rheines bei Würzburg 4,41 Meter; es ist Stillstand eingetreten.

*** (Eisenbahn-Zusammenstoß.)** Am Sonnabend morgen fand ein Zusammenstoß des Hannoverschen Schnellzuges mit einer Lokomotive auf der Heide beim Bahnhof Neitzen statt. Beide Maschinen sind schwer beschädigt, ebenso die Wagen und Schotwagen des Schnellzuges, der eingeleitet. Menschenleben sind nicht verloren.

*** (Veranlassung der Unglücksfälle.)** Von verschiedenen Klagen in den Vorstädten gehen noch Klagen über die Unglücksfälle ein, die infolge des Schneesturmes stattfanden. Von den Fischern auf Rode sollen allein 80 Mann ertrunken sein. In Christiania hat sich ein Hilfscomitee zur Unterstützung der Hinterbliebenen der verunglückten Fischer gebildet.

*** (Im Eise gefangen.)** Vor der Ebelstocher in Jütland liegt die kleine Insel Helum, die seit länger als einem Monat durch das zusammengepackte Treibeis, welches die Bucht unpassierbar macht, von allem Verkehr mit der Außenwelt abge schnitten ist. Es ist unmöglich, Vögel oder Proclant hindurchzuschaffen, und die verlassenen Besinde, die gemacht worden, der bedrängten Insel zu Hilfe zu kommen, hätten fast Wirkungen gezeitigt. Ein mit Post und Proviant beladenes, mit 5 Mann bemannetes Boot, in treibendes Eis, und erst im letzten Augenblicke gelang es der ganz ermatteten Mannschaft, sich aus dem Land zu retten. Die Verhältnisse der Insel sind erster Art sein, denn in der letzten Zeit weht die Nordweste täglich und man versucht deshalb alles mögliche, um sich mit den Bewohnern in Verbindung zu setzen.

*** (Zum Raubmorde in der Gerichtsprärie)** in Berlin hat die Reichsanstalt die Ansicht der Kriminal-Polizei, daß die Doppelthat mittels eines kumpfen Instruments vollführt worden sei, durchaus bestritten. Als Raubmord wurde der neun Pfund schwere Mangelholz angesehen, an dem Blut und Haare fest waren. Weiter hat sich ergeben, daß drei Menschenleben vernichtet worden sind; die Familie Beskonetz erwartete für den nächsten Monat einen Zuwachs. Die Leiden werden Sonntag Nachmittag auf dem Nazarethkirchhofe beerdigt werden. Zur Ermittlung der geraubten Uhr geht Beskonetz ein hervorragendes Vermerk nach dahin an, daß sich auf dem rückseitigen äußeren Deckel mehrere Einbrüche befinden, die von den Zähnen des Rindes, das mit der Uhr gepulst und darauf geblissen hat, herühren. Dem Mörder ist der Infall besonders günstig gewesen. Beskonetz hatte am Morgen beim Fortgehen zu seiner Frau gekußt, daß er gegen 6 Uhr abends heimkehren werde. Man ist in der That, der Vorrede eintrat, wohl zuerst der Ansicht gewesen, daß es ihr Mann sei, und ist dann wohl, als sie sich im Rollstuhle einem Fremden gegenüber sah, verblüfft stehen geblieben, so daß in diesem Augenblicke der erste Streich geführt werden konnte. Einen eigenthümlichen Wunsch hat der noch völlig schlaflose Beskonetz, er will, sobald der Täter gefasst worden ist, diesen bitten, ihm die letzten Worte seiner Ehefrau zu wiederholen. Die Schläge mit dem starken Mangelholz können nur so geführt worden sein, daß der Mörder es mit beiden Händen umspannte. — Mehrere durchaus glaubwürdige Personen haben die Anzeige gemacht, daß sie vor und in dem hiesigen Gerichtsstraße 43 am Tage des Mordes einen furchtbar ansehenden Mann bemerkt hätten. Dieser Mensch wird von denen, die ihn gesehen haben, übereinstimmend als ein Mann im Alter von 28—30 Jahren beschrieben. Er hatte blondes Haupthaar, einen starken blonden Schnurrbart, bleiche Gesichtsfarbe und vorstehende Backennothen. Dieser Mann ist in den letzten Tagen vor dem Mord wiederholt in der Nachbarschaft des Thotortes

gesehen worden. Er hat sich dort beständig herumgetrieben und ist durch seine Unverschämtheit aufgefallen. Von einem einwandfreien Zeugen, der den Mann vor der Thür des hiesigen Gerichtsstraße 43 gesehen hat, wird behauptet, er habe einen dunklen Ueberzieher und einen weichen graubraunen Hut getragen.

*** (Zu der Veranbarung des jungen deutschen Ehepaars)** in Rom wird dem „Gamon. Cour.“ geschrieben: Ein junges deutsches Ehepaar aus Leipzig, Namens Walter, im „Vergo del Duirinale“ wohnhaft, hatte am 21. v. M. vormittags zu Wagen die Straße bis zu den Callig-Katomben außerhalb der Porta S. Sebastiano zurückgelegt und durchmarchte nach dem Besuche dieser berühmten Katomben die Via Appia in der Richtung, so Fuß die Eisenbahnstation Cappanale zu erreichen. Bei dem bestimmten Casale Rotondo, fast 11 Kilometer vor dem Thore angelangt, sahen die beiden in die Betrachtung der Gräberwelt und der malerischen Landschaft verfallenen Sandsteintempel sich mit einer Doppeltsohne bemessenen Aufbruch zu machen, das das man mit einem Zuge verbunden hatte und ihnen zurück. „Das Geld heraus!“ Ungleich schon die zu Ueberfällen die Wundungen der Straße auf sich gerichtet, so daß Wärdertand gefürchtet gewesen sein würde. Herr Walter warf dem Strauch die einige Preis zu. Der verlangte die ganze Briefkiste. Inzwischen begnügte er sich, als ihm daraus ein Hundertmarkstück und 40 Gros in Banknoten, dazu Uhr und Kette und ein Damenarmband mit der Uhr angeworfen wurden; denn er entfernte sich nun eilig in die Richtung nach dem Albanerbergen. Die Soldaten des in der Nähe befindlichen neuen Forts, die der Verantwortung in Kenntnis setzte, zogen der sofortigen Verfolgung des Räubers die Führung der Ueberfallenen nach dem nächsten Beobachtungsposten vor.

*** (In Folge eines Aufruhrs der Insassen)** ist das Schultheater in Waldenburg, in welchem kürzlich der wegen Verfalls der Insassen angelegte Unterricht wieder begonnen hatte, abermals geschlossen worden. Von 130 Schülern sind über 100 erkrankt.

*** (Ein heisses Erdbeben)** wurde in der Nacht zum Freitag in Belfort geföhrt.

*** (Zurückbare Hundstift)** ist in Texas an einem Regner geblieben. Der Schwarze, der ein kleines Mädchen geblödet hatte, war nach Arkanis entflohen, dort ergriffen und nach Texas zurückgeführt worden. Unter dessen hatte die Kunde von dem begangenen Mord die Bevölkerung meilenweit umher in Aufregung gesetzt, und als die Nachricht antam, daß der Regner ergriffen worden, strömten Hunderte von Menschen nach der „Stadt Paris“ in Texas. Die Geschäfte kamen zum Stillstand. Die Schulen wurden auf Verstoß des Bürgermeisters geschlossen, und ein großer, aufgeregter Haufen von Menschen begab sich nach dem Bahnhof, um die Ankunft des Verurtheilten zu erwarten. Derselbe befand sich unter harter Bewachung. Als dieselbe des aufgeregten Haufens ansichtig wurde, hielt sie zwar ihre Revolver bereit, leistete aber in Wirklichkeit keinen Widerstand. Die Wächter wurden auf die Seite geschoben, der Mörder ergriffen und von einem Haufen von beinahe 10 000 Menschen nach der offenen Prairie eskortirt. Auf einem Schafot wurde er 15 Minuten lang von dem Vater und zwei Oheimen des ertrunkenen Mädchens mit heißen Eisenkugeln gefoltert. Dann wurde der Regner in Kerker gebracht und verbrannt.

*** (Berapfater Arzt.)** Aus Mendeburg melden die „Sächs. Nachr.“ die Verfassung des praktischen Arztes Felmann von Bahn wegen fahrlässiger Tödtung einer Wädnerin.

*** (Zum Erdbeben auf Zante.)** Zurückbare Erdbeden verheerete seit einigen Tagen die schöne Insel Zante, das alte Isthmion. In den letzten 6 Monaten waren dort wiederholt kleine Erdbeschütterungen verübt worden und die Einwohner glaubten, daß sich die vulkanische Kraft auf diese Weise erschöpfen werde. Das war aber ein Irrthum, denn am 31. Jan. morgens erfolgte ein heftiges Erdbeben, welches die ganze Insel in Bewegung setzte. Wände, Dächer, Böden stürzten zusammen und die erschreckten Einwohner liefen schreiend nach offenen Plätzen. Viele der Fröhlichen waren trotz der starken Kälte halb nackt. Als es tagte, sah man, daß nicht ein Haus unversehrt geblieben war. Während des ganzen Tages, welches allmählich vorbei zu gehen begann, brachten die Erdbeben fort. Der untere Theil der Stadt Zante, welche aus lauter kleinen Häusern besteht, liegt in Trümmern und die Bewohner kampieren in den Dillenbänken. Die Nacht vom 31. Jan. auf den 1. Febr. man schon mit der Nacht schon hell. Da erfolgte um 2 Uhr morgens ein neues, sehr heftiger Stoß, welcher alles, was noch stand, zerstörte, niederbrachte in den Dörfern, von denen noch dem Erdbeben gefürchtet gemacht sind. Seitdem erfolgten täglich weitere Stöße. Eine aufregende Scene hat sich am Schloßplatz abgepielt, wo eine massive Mauer einstürzte. Viele Strafgefangene liefen hinaus, allein es gelang dem wachhabenden Offizier mit einigen Soldaten, die Flüchtlinge wieder einzufangen. Das Hospital wurde stark beschädigt und die Kranken wurden nach der römisch-katholischen Kirche, dem Hause des Bischofs und der Wohnung der katholischen Schultheisterin übergeführt. Alle Geschäfte fielen. Die griechische Regierung schickte sofort mit einem Kriegsschiffe Geld, Nahrungsmittel und Hülfe nach Zante, allein da 26 000 Personen obdachlos sind, ist die Unterstützung unzureichend. Aus Zante sollte das englische Panzerschiff „Amperdown“ am 1. Febr. mit Nahrungsmitteln, Hülfe, Decken u. s. w. nach Zante abgehen und „Dreomouth“ sollte folgen. Der Hauptstich scheint unter dem Meere, 5 Meilen östlich von der Insel, erfolgt zu sein und von dort her waren auch die früheren Erdbeschütterungen ausgegangen. Auf andern Inseln oder auf dem Festlande scheint man von der Erschütterung nicht gespürt zu haben. Das Wetter ist schön, war aber während des ganzen Januar sehr stürmisch und kalt. Zante ist die schönste der Ionischen Inseln, gegenüber der westlichen Landung von Morea. Die Insel ist 8 1/2 Meilen lang, gegen 4 Stunden breit und umfaßt 458 Quadrat-Kilometer. Die festländische Seite hat keinen Hafen, nur Klippen, welche aber den Süd- und Nordwinden offen sind. Zante ist vulkanisch und Erdbeden sind sehr häufig, aber das Klima ist angenehm und gesund, die Bevölkerung reichlich. Der höchste Berg der Insel ist das Kap Akropolis (740 m). Die Bevölkerung zählt 44 070 Einwohner. Die Insel ist reich an Oliven, Wein (40 Sorten), Korinth, Citronen, Orangen, Melonen, Salz, Schwefel, Bergöl und Robbenfett. Sie bildet eine Eparchi und eine eigene Monarchie des Königreiches Griechenland. Der Hauptort Zante hat 1630 Einwohner, ist Sitz eines griechischen und lateinlichen Bischofs und besitzt eine bedeutende Industrie (Wollen, Wolfram u. c.). Es befindet sich dort auch ein deutsches Viceconsulat.

Hebarten, Deud und Beleg von Dr. Höcker in Merseburg.

Correspondent.

Ersteinst: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend: früh 7 1/2 Uhr. Geschäftsstelle: Holzgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis: für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 30 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Nr. 27.

Dienstag den 7. Februar.

1893.

Der Militäretat in der Budgetcommission.

In der Sonnabend-Sitzung der Budgetcommission des Reichstags stellte der Abg. Hünze vor dem Eintritt in die Tagesordnung die Anfrage, aus welchen Gründen der Bundesrath den in der vorigen Session gestellten Antrag auf Aufstellung einer Militärfraktsstatistik abgelehnt habe. (Zuvs vorher hatte Generalmajor v. Gossler eine Antwort auf diese Frage vorbehalten.) Generalleutnant v. Spitz erwiderte, die Gründe seien ihm nicht bekannt. Für Preußen solle eine Militärfraktsstatistik einzuwickeln nicht herausgegeben werden. Da ein öffentliches Verfahren im Militärstrafprozess nicht bestehe, so würde ein Mittel gegen tendenziöse Ausbeutung einer solchen Statistik nicht vorhanden sein. Abg. Hünze protestiert energisch, so weit der Reichstag und die Commission in Frage kommen, gegen eine solche Unterfückung. Generalleut. v. Spitz erwidert, er habe nur an die Presse und außerdem des Reichstages hehrende Elemente gedacht. Abg. Dr. Baumbach giebt zur Erwägung, daß die Verwaltung auf die Dauer dieser Forderung nicht stehen könne. Abg. Singer bemerkt, die Möglichkeit einer tendenziösen Ausbeutung der Statistik spreche nicht gegen die Notwendigkeit derselben. Sei das nicht öffentliche Verfahren ein Hinderniß, weshalb führe man das öffentliche Verfahren im Militärstrafprozess nicht ein? Eine stärkere tendenziöse Ausbeutung der Statistik sei übrigens nicht möglich, als dies seitens der Regierung mit Bezug auf die Militärvorlage geschehe. Abgeordneter Dr. Hammacher ist der Ansicht, die jetzt in der Presse vielfach aufretende agitatorische Ausbeutung einzelner Fälle des Militärstrafverfahrens wurde wahrscheinlich wesentlich vermindert werden, sobald Öffentlichkeit des Verfahrens eingeführt und die geforderte Statistik veröffentlicht würde. Abg. Hünze bringt die vorläufige Resolution wieder ein. Es wird aber nach längerer Debatte beschlossen, ein im Betrage an den Reichstag darauf hinzuweisen, daß der Bundesrath ohne Begründung den Antrag abgelehnt habe und den Wunsch, von den Gründen Kenntnis zu erhalten, auszusprechen. Erfolgt hierauf die Witzheilung der Gründe nicht, so soll der Referent die Resolution wieder einbringen. Abg. Buhl fragt, wie weit die Vorarbeiten für die Novelle zum Militärstrafgesetz gefördert sind? Ob in derselben auf die Erhöhung der Pensionen für die Theilnehmer am Kriege von 1870 Rücksicht genommen sei. Generalleut. v. Spitz antwortet, die Einbringung der Vorlage, deren Beratung der Bundesrath gestern beendet habe, stehe bevor. Auf die Theilnehmer am Kriege von 1870 sei in der Vorlage Rücksicht genommen. In Beanwortung der gestrigen Anfrage des Abg. Eingens wegen des Briandens bei Risigehen erklärt Generalleut. v. Spitz, Änderungen an der Kirchenordnung von 1832 seien nicht erfolgt. Direkte Nachforschungen hätten ergeben, daß nur ein Fall in Preußen vorgekommen sei, in welchem der Eheconsens von der Erklärung des Bräutigams abhängig gemacht worden sei, daß derselbe sich nicht nach katholischem Brauch trauen und daß er sämtliche aus der Ehe zu erwartenden Kinder im väterlichen Bekenntnis erziehen lassen werde. Ueber diesen Fall sei jetzt ein näherer Bericht eingefordert. Rannher trat die Commission in die Tagesordnung ein. Für einen Armeekaufinspizienten wird das Gehalt von 2900 Mk. bewilligt, nachdem im Anschluß an die gestrige Erörterung wiederholt worden, daß neue Bataillonemulken nicht eingerichtet werden sollen. Es gebe 55 solcher Mulken à 8 Mann. Wenn Veränderungen in der Garnifonirung eintreten, beehrte Bataillone zu ihren Regimentern zurücktreten, müssen etwa bestehende Bataillonemulken aufgehoben werden. Im Weiteren theilt auf eine Frage Hünze's Gen.-Maj. v. Gossler mit, der höchste Prozentsatz der Manquement's bei den Unteroffizieren in den letzten 25 Jahren habe 1877: 7,3 Proz., betragen, 1886: 2 Proz., 1890: 4,8 Proz., 1891: 3,8 Proz., Nov. 1892: 2,6 Proz. oder 2,4 Proz. ohne Feuerwerker. Der



20 400 Mk. werden abgesetzt, da die Einführung der Armeefattel bei der Feldartillerie nicht stattfinden soll. Die Ausgaben für Materialverplegung werden ohne Debatte bewilligt. Bei den Ausgaben für Bekleidung und Ausrüstung der Truppen bringt Abg. Köller die Beschaffung von Leder und Schuhwerk zur Sprache und regt an, daß die zu den Bekleidungsämtern commandirten Disputare auch in die höheren Stellen gelangen, so daß diese mit sachmännisch gebildeten Leuten besetzt werden. Gen.-Major v. Fund hat das auch für richtig; bemerkt aber, die Bekleidungsämter seien wesentlich zu Kriegszwecken eingerichtet. Sie würden aber im Kriege unbrauchbar sein, wenn sie nicht schon im Frieden funktionieren, deshalb müßten sie viele Arbeiten von den Regimentern übernehmen. Abg. Buhl will wissen, weshalb nur bei den Tuchankäufen eine Minderabgabe wegen günstiger Einkäufe eingerechnet sei. Gen.-Major v. Fund erwidert, bisher werde nur das Tuch im Großen gekauft; die anderen Artikel bis jetzt noch bei den Regimentern. Für Leder soll jetzt ein anderes Verfahren eintreten. Das sei auch bei Leinen und Drill möglich. Abg. Dr. Baumbach fragt, ob nicht eine Beschränkung der Militärhandwerker möglich sei. Gen.-Major v. Fund: die Zahl der Defonowhandwerker sei bereits trotz der Heeresverhinderung um 25 pCt. vermindert; eine weitere Verminderung sei vielleicht zulässig, falls die stärkere Franzziehung der Strafanstalten, über welche er zahlenmäßig berichtet, Erfolg haben sollte. Abg. Spetlich, Köller billigen dieses Vorgehen, während Abg. Singer von der Umbildung der Strafanstalten in Großindustrie Etablissements ein weiteres Herabdrücken der Preise befürchtet. Forts. Montag.

Politische Uebersicht.

Eine Dreikaiserzusammenkunft weiß das „Neue Wiener Tageblatt“ in absehbarer Zeit in Aussicht zu stellen. Nach dem Blatte soll der ungarische Ministerpräsident Wefere bei seinem Aufenthalt in Wien die Versicherung erhalten haben, daß die auswärtige Lage niemals so ruhig gewesen sei als gerade jetzt. — Eine gewisse Ergänzung zu obiger Mittheilung bildet ein Berliner Telegramm der Münchener „Allg. Zg.“ des Inhalts,

daß dem Vernehmen nach der russische Thronfolger nach Berlin die Versicherung überbracht haben soll, daß ein Bündniß zwischen Rußland und Frankreich nicht bestehe.

In dem österreichischen Regierungsprogramm wird, wie nachträglich noch im Einzelnen bekannt wird, außer der Prebseform und den directen Wahlen der Landgemeinden von der Regierung auch der Aufhebung des nationalen Status quo angefragt. Die russische Fiske beabsichtigt, das Regierungsprogramm in einer Parierfundgebung zu beantragen, die bereits in Sonnabend erscheinen sollte. — Bezüglich der österreichisch-ungarischen Valutareform wird anlässlich des Wiener Aufenthalts des ungarischen Ministerpräsidenten die Finanzminister von Oesterreich und Ungarn übereingekommen, die obligatorische Rechnung in der Kronenwährung mit dem 1. Juli 1894 ins Leben treten zu lassen. Ursprünglich bestand allerdings die Absicht, dies hierauf bezügliche Gesetz schon während der frühjahr's Session in beiden Parlamenten erlassen zu lassen und im Sinne der Valutareform bereits zu publizieren, daß die obligatorische Rechnung in der Kronenwährung schon am 1. Januar 1894 in Kraft treten könne. Der Ausbruch dieses Planes steht jedoch das parlamentarische Regierungsprogramm der österreichischen Regierung im Wege, und es wurde vereinbart, den auf die obligatorische Rechnung bezüglichen Gesetzentwurf erst in der nächstjährigen Session vorzuliegen. Das ungarische Finanzministerium hat einen solchen Entwurf nach dem Vorbilde des Gesetzes vom Jahre 1855 und der deutschen Gesetzgebung schon vor längerer Zeit ausgearbeitet und dem österreichischen Finanzministerium mitgeteilt, wo derselbe während der Session ergänzt wurde. Ferner haben die beiden Finanzminister vereinbart, zur Sunte noch nicht, wie es beabsichtigt war, in die Erörterung der Frage des Privatlegiums der Bank einzutreten, da ausblicklich viel dringlichere Angelegenheiten im Vordergrund stehen. — In der österreichischen Budgetdebatte erklärte im Abgeordnetenhaus Unterrichtsminister von Gausch bei dem Titel „Hochschulen“, die Regierung werte trotz des kürzlich bewilligten Credit'es von 8 Millionen Gulden genöthigt sein, neuerlich weitere, vielleicht sogar noch größere Mittel zu verlangen, um nur den dringendsten Bedürfnissen der Hochschulen zu genügen. — Für den ungarischen Reichentritt hat der Aufenthalt des ungarischen Ministerpräsidenten ansehnliche wichtige Entscheidungen gebracht. Wefere wurde am Freitag von dem Kaiser in einräudiger Audienz empfangen. Wie das „Neue Wiener Tagebl.“ meldet, hat er in Wien die Ueberzeugung gewonnen, die ungarische Regierung werde aus den vorhandenen Wirren siegreich hervorgehen. Die kirchenpolitischen Vorlagen in Ungarn werden schrittweise erfolgen; die staatliche Parteiführung soll in drei Monaten Geleg werden, das Erforderliche hierfür ist mit vier Millionen veranschlagt. Auf die Einführung der obligatorischen Civilehe legt Wefere kein so großes Gewicht.

In der französischen Panamaaffäre hat der Untersuchungsrichter Francoville die Untersuchung gegen Arton für vorläufig abgeschlossen erklärt. Arton wird dreier Verbrechen beschuldigt: des Betruges bei der Dynamit Gesellschaft, betrügerischen Bankrotts und der Bestechung von Parlamentariern. — Der Beamte des „Credit Yvonnois“, Blondin, welcher wegen gemisser bei der Panama-Gesellschaft vorgenommener Verbindungen verhaftet wurde, ist aus Gefangenschaft freigesprochen, vorläufig in Freiheit gesetzt worden. — Für das Ministerium Ribot hat am Freitag eine Versammlung von republikanischen Abgeordneten eine Unterstüzungserklärung angenommen, welche den Beschluß enthält, das Ministerium Ribot kräftig zu unterstützen und jede Ministerkrise bis nach den Wahlen zu vermeiden. Der Versammlung wohnten 285 Abgeordnete bei. — Der französische Ministerpräsident beschloß die Verlegung Cassagnac's und der „Autorite“ wegen ihrer Angriffe auf den Staatseredit.

Der römische Bankstandal hat auch in der